

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Postanstalten entgegen. - Erscheint wochentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.

Regeliger Grundpreis: Die Anzeiger wochentlich 20 Mark, Anzeiger wochentlich 20 Mark, Anzeiger wochentlich 20 Mark. Diese Grundpreise sind zu multiplizieren mit der Zahl der Ausgaben 12000.

Telegramme: Leipzig Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 219

Mittwoch, den 19. September 1923

18. Jahrgang

### Das Währungsprogramm der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat einen Entwurf zur Gründung einer neuen Währungsbank fertiggestellt. Sie geht dabei von dem Grundgedanken aus, daß es unmöglich ist, eine wertbeständige Währung zu schaffen, ohne das Defizit des Haushalts zu decken oder doch wenigstens die Gewährleistung zu haben, es in absehbarer Zeit decken zu können. Sie geht weiter von dem Gedanken aus, daß der Zahlungsmittelumlauf der Wirtschaft in Gold gerechnet ziemlich konstant zwischen 100 bis 150 Millionen in Gold betrage. Dieser sehr geringe Betrag erklärt sich aus der anomal großen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und teilweise aus dem Ersatz des Papiergeldes durch Devisen und Noten. Man rechnet damit, daß nach Einführung eines wertstabilen Geldes die Wirtschaft innerhalb kurzer Frist einen Zahlungsmittelstock von mindestens einer Milliarde benötigen werde. Hier sieht man den Spielraum, der den Reichsfinanzen gegeben ist, um Zahlungsmittel zur Deckung des Defizits und ohne schädliche währungspolitische Wirkungen in den Verkehr leiten zu können.

Die Regierung hat ein Finanzprogramm ausgearbeitet, durch das die stärkste Einschränkung der Ausgaben erreicht werden soll, und hofft andererseits, daß nach Einführung eines wertbeständigen Geldes die Einnahmen sehr schnell in die Ausgaben hineinzuwachsen werden.

Die Reichsbank wird von den Reichsfinanzen vollkommen losgelöst. Sie wird keine Schatzwechsel mehr diskontieren, sondern übernimmt die Rolle einer Goldnotenbank zur Diskontierung von Handelswechseln. Die Menge des umlaufenden Papiergeldes wird auf diese Weise kontingiert.

Neben der Reichsbank wird eine Währungsbank gegründet, die neue Zahlungsmittel emittieren wird. Durch sie soll der Staatsbedarf für drei bis vier Monate gedeckt werden. Ihr Kapital wird in Goldverpflichtungen der Wirtschaft bestehen, die nach dem Wehrbeitrag der Wirtschaft aufgelegt werden sollen. Die neue Note wird in Rentenbriefen einlösbar sein. Sie ist das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel, die Papiermark wird zu der neuen Note in ein festes Kursverhältnis gesetzt werden und als Scheidemünze dienen. Es wird also drei Arten von Umlaufmitteln geben, die neue Note als gesetzliches Zahlungsmittel, die Reichsbanknote und das Papiergeld. Die ganze Konstruktion soll nur einen provisorischen Charakter tragen. Am Ende des Provisoriums steht die Einführung des neuen gesetzlichen Zahlungsmittels in die definitive Währung. Die Belastung der Wirtschaft wird nicht über fünf Prozent hinausgehen. Es wird an eine sehr schnelle Durchführung dieser Pläne gedacht.

### Die Times zum Problem einer neuen deutschen Währung.

Die „Times“ verurteilen die Finanzpolitik der deutschen Regierung, da ohne eine Regelung der Ruhrfrage und ohne Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts alle Reformen aussichtslos seien, andererseits eine neue Währung überflüssig sei, wenn diese Voraussetzungen erreicht seien. Das Blatt erklärt, die Unfähigkeit der deutschen Regierung mache die Einführung einer Finanzkontrolle der Alliierten unvermeidlich.

### Der Boykott der Papiermark in Newyork.

Die National-Citybank in Newyork hat beschlossen, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen.

### Neue Ausfuhrbestimmungen.

Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien legt mit Wirkung vom 27. September alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft noch einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Die neue Liste umfaßt im wesentlichen nur Rohstoffe, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche Weiterverarbeitungsindustrie besonders interessiert ist. Durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf Grund des Rotgesetzes wird die Fakturierung und Bezahlung von Exportwaren in hochwertiger Valuta sowie die Verwendung des Gegenwertes im Interesse der deutschen Wirtschaft und die Ablieferung an die Reichsbank vorgeschrieben.

### Devisenrazzia in Berlin.

In einer gestern stattgefundenen Razzia nach Devisen in der Friedrichstadt und im Westen erklärt der Kommissar für Devisenfassung: Es war mir bekannt, daß in einer großen Anzahl von Lokalen in größtem Maß Devisen und vor allem Banknoten gehandelt wurden. Ich beschloß daher, eine überraschende Kontrolle dieser Lokale vornehmen zu lassen. Im Augenblick ist eine Uebersicht über den Betrag des Unternehmens nicht möglich, jedoch dürften schätzungsweise die beschlagnahmten Banknoten, die sich aus Geldsorten aller Länder zusammensetzen, recht beträchtlich sein. Ich habe den gesamten Betrag sofort dem Reich zur Verfügung gestellt. Ueber die Vorgänge während der Razzia wird noch mitgeteilt: Zahllos waren die Fälle, in denen fremde Gelder, darunter solche von hohem Wert, unter die Tisch und Sofas geworfen wurden. Alle anwesenden Gäste und das Personal, das sich ebenfalls zum Teil an dem wilden Handel beteiligte, mußten sich eine körperliche Durchsuchung gefallen lassen. Eine große Anzahl von Personen östlicher Herkunft, die sich nicht im Besitz gültiger Pässe befinden, werden in den nächsten Tagen zwangsweise abgeschoben.

## Deutschland soll ein Angebot machen. Berliner Absichten.

### Ein Frieden unter schwersten Opfern!

Man scheint sich auf Seiten der deutschen Regierung, wie die Dresdener Nachrichten wissen wollen, die fortdauernden französischen Mahnungen, ehe es Verhandlungen gebe, müsse der passive Widerstand aufgegeben werden, zu Herzen nehmen zu wollen. Wie es heißt, ist die Regierung in Verhandlungen eingetreten mit den Beamten- und Arbeiterorganisationen, damit diese ihre vor aller Welt erhobenen Forderungen, die der Aufgabe des passiven Widerstandes vorausgehen müßten, reduzierten. Zugleich wird offiziös der passive Widerstand dahin kommentiert, daß er kein Selbstzweck gewesen sei, sondern nur das Mittel, um mit Frankreich zu Verhandlungen zu kommen.

Diese Bereitwilligkeit der deutschen maßgebenden Stellen gegenüber dem französischen Siegeswillen muß auf jeden Fall bedenklich stimmen. Ebenso bedenklich ist die Mitteilung, daß man grundsätzlich beschlossen habe, in kürzester Zeit die Botschaft in Paris und die Gesandtschaft in Brüssel zu befehlen. Man sagt dieser Mitteilung allerdings hinzu, daß diese Befehle nur dann Zweck hätten, wenn die deutschen Vertreter die Möglichkeit hätten, mit den dortigen Regierungen auf eine Verhandlungsbasis zu treten.

Eine gewisse Bestätigung erfahren die hier ausgedrückten Befürchtungen durch die nachstehende Meldung aus Köln über eine vom Minister Sollmann gehaltene Rede.

Reichsminister Sollmann macht in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ Ausführungen über die innerpolitische Lage und die Ziele der Reichsregierung, in denen es u. a. heißt: Die neueste Rede Poincares dürfte manche Illusion zerstört haben. Ich glaube aber nicht, daß die Rede die große Entscheidung im Westen hinauszuversetzen wird. Es werden binnen kurzem ernste Entschlüsse zu treffen sein. Das Kabinett ist mit Stresemanns außenpolitischer Führung vollkommen einverstanden. Es hat sich bisher keinerlei Mißklang ergeben.

Man wird sich freilich darüber klar sein müssen, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann.

Es ist viel zu lange mit dem Anfang der Verhandlungen gewartet worden. Auch die langwierigsten Verhandlungen werden die Bevölkerung und uns vor ganz weittragende Entschlüsse stellen. Die Arbeitslosigkeit wächst bedrohlich an. Sie ist nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die sich vermutlich noch steigern wird, sondern einer gewissen Steuerlabotage mancher Unternehmer.

Die Reichsregierung bereitet eine Abänderung der Stilllegungsverordnung vor, um den Massenentlassungen vorzubeugen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird beschleunigt ausgebaut werden. Große Sorge macht uns die Frage, wie die Ernte schleunigst auf den Markt zu bringen ist. Ich glaube nicht, daß im jetzigen Stadium der Entwicklung mit Zwangswirtschaft und draconischen Wucherstrafen noch viel zu erreichen ist. Wir müssen noch in diesem Monat mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel herauskommen, das uns Kartoffeln, Getreide und Fett auf den Markt lockt.

Man fragt uns immer wieder, ob die Regierung schwere innere Unruhen aushalten könne. Unsere Politik geht dahin, solche Unruhen zu vermeiden. Sollten aber Desperados ihre Drohungen verwirklichen und loschlagen, so würden wir ihnen nicht weichen.

Zu der Frage der Arbeitszeit erklärte der Minister, daß man bei dem seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der Arbeitstendenztag grundsätzlich aufrechterhalten werden müsse, stehen bleibe, aber Ueberarbeit dort unbedingt gelassen werden müsse, wo das Interesse der Gesamtwirtschaft es erfordert. Dafür hätte auch die Masse der Arbeiter volles Verständnis.

### Verhandlungen mit den französischen Botschafter in Berlin.

Am Montag Nachmittag hat wieder ein Besuch der französischen Botschafters im Auswärtigen Amt stattgefunden. Da der Botschafter mit dem Kanzler Stresemann persönlich konferierte, so bringe man die zuverlässigste Beurteilung der Verständigungsfrage durch das Reichskabinett am Montagabend in Zusammenhang mit dem vorausgegangenen Besuch des Botschafters. Von der optimistischen Auffassung der Sachlage haben besonders die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts ihren Parteifreunden gegenüber kein Hehl gemacht, ungeachtet der neuen scharfen Sonntagsrede Poincares.

### Poincares Rede — nur die Mindestforderungen Frankreichs.

Ueber die Sonntagsrede Poincares gibt Havas am Montagmittag eine Note an die französische Presse aus, in der es heißt:

Poincares Rede gibt eine einmütige Auffassung des

französischen Kabinetts wieder. Auf die Stresemannschen Auslassungen der letzten Tage ging der Ministerpräsident deshalb nicht ein, weil er der deutschen Regierung schon mehrmals ein direktes Angebot an Frankreich nahe gelegt hat. Will Deutschland zur Lösung der Ruhrkrise kommen, dann soll es diesen Schritt bald tun. Poincares Reden bedeuten keine Ablehnung eines solchen deutschen Schrittes, sie sprechen lediglich die Mindestbedingungen Frankreichs für Verhandlungen aus.

Laut Echo de Paris wird Poincare am Sonntag seine Erklärungen in der Reparationsfrage vervollständigen.

### Auch in Frankreich erkennt man die wahren Ziele Poincares.

Die „Humanité“ fragt: Welches Ziel verfolgt Poincare mit seiner Politik der offensivsten Brutalität? Sucht er nicht bei einer erniedrigenden Kapitulation Deutschlands einen persönlichen Erfolg seiner Eigenliebe? Will er in Deutschland einen nationalistischen Kuffstand oder eine proletarische Revolution herbeizuführen? Will er Deutschland zertrümmern, um es teilweise zu annektieren? Man verfolgt Deutschland gegenüber eine Politik, die die Zertrümmerung des Reiches und die verschleierte Annexion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zum Ziele hat. Denn wenn jemand erklärt: Wir haben Pfänder in der Hand und werden sie behalten, bis wir bezahlt sind, so heißt das angesichts der Finanzlage Deutschlands, daß er sie immer behalten wird.

### England bleibt nach wie vor passiv.

Keine Stellungnahme vor der Reichskonferenz. — Gegen ein deutsch-französisches Sonderabkommen.

Die englische Regierungspresse hat einen neuen Vorwand entdeckt, um eine Begründung dafür zu schaffen, daß sich England jeder Stellungnahme in seiner Politik gegenüber Deutschland weiterhin enthalten kann. So wird jetzt angeführt, daß das Kabinett wahrscheinlich überhaupt keine Beschlüsse fassen wird, bis die gesamte augenblickliche Lage von der britischen Reichskonferenz behandelt worden ist. Da diese Konferenz in etwa 14 Tagen zusammentritt und fünf bis sechs Wochen dauern soll, so wird damit also für weitere ungefähr zwei Monate Zeit gewonnen, in der England die Entwicklung der Dinge verfolgen kann, ohne aus seiner passiven Haltung herauszutreten.

Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, der diese Nachricht meldet, fügt allerlei abgemessene Andeutungen über die Auffassung der englischen Regierungskreise hinzu. Obgleich man früher in London geglaubt habe, daß der passive Widerstand kaum länger als bis Oktober dauern könnte, sei jetzt keineswegs sicher, daß Deutschland bis zur Entscheidung der oben erwähnten englischen Konferenz seinen Widerstand fortsetzen könne. Uebrigens würde durch die formelle Einstellung des Widerstandes die gegenwärtige Lage nicht wesentlich verändert werden; denn es würde noch viele Monate dauern, bevor die wirtschaftliche Maschine im Ruhrgebiet wieder in Gang gesetzt werden könnte, und vielleicht Jahre, bevor die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder zu einer ernstlichen Möglichkeit geworden sei. In jedem Fall seien die englischen Interessen in dieser Frage sehr indirekt beteiligt. Dagegen sei der Entschluß Poincares, auf unbestimmte Zeit an der Ruhr zu bleiben und sie gemeinsam mit Belgien zu verwalten, weit wichtiger, und man sei der Ansicht, daß Englands Rechte und Interessen in dieser Frage möglichst schnell betont werden sollten, besonders, da die gefährliche Nachricht verbreitet worden sei, daß England den Abschluß eines Separatabkommens zwischen Frankreich und Deutschland begünstigen würde. Im übrigen sei anzunehmen, daß die englische Reichskonferenz eine Politik der Loslösung Englands von Europa einschlagen werde. Die letzte Konferenz habe dazu beigetragen, diese Tendenz bei den Regierungen der Besetzungen zu verstärken.

Wenn diese Darstellung des „Daily Telegraph“ richtig ist, so würde sich also für die englische Politik folgendes ergeben:

1. In den nächsten sechs bis acht Wochen wird England überhaupt keine Beschlüsse fassen.

2. Nach Ablauf dieser Zeit wird es sich wahrscheinlich gegenüber dem Kontinent noch passiver verhalten, als schon jetzt.

3. Deutschland darf mit Frankreich kein besonderes Abkommen abschließen, wobei wir hinzufügen möchten, wenigstens solange nicht, bis sich Paris und London über die Frage der englischen Beteiligung an der Ruhrabteilung geeinigt haben.

### Mordtat zweier Marokkaner.

Zwei Marokkaner in der Garnison Ritz a. d. Nahe gerieten in einem Cafe um ein Mädchen mit dem jungen Kavierspieler in Streit. Sie schleppten den jungen Mann nachts bis zur Mühle an der Krebsweiler Chauffee und schlugten ihn dort ab. Die französische Behörde ermittelte die Täter und setzte sie fest. Der Ermordete, der später an der Spielmannschen Delmühle aufgefunden wurde, ist der 22jährige Ludwig Desbessel. Die Leiche wies eine Schußverletzung am Bein und zahlreiche Bajonettschläge durch Brust, Genick und Hals auf.

kräftig und  
über 1000  
ambulanz  
Fakultät

en.

Uhrgebiet  
er Befehl  
onsbefehl  
Grundung  
abgelehnt.

es Temps  
Wiederbel  
erwunden  
die Grenze  
eben sein.

aus San  
den werde  
innenpolit  
werde  
volle zur  
der von  
wehr von

ue.  
gen)

Beträgt  
Freitag  
ndabgabe  
sie die  
Zeit in  
ent der

mann.  
d. Am.

Sie,

ermöbel  
kauft bei  
midt  
rtstr. 8  
itte.

öfliche,

geblatt.

ng.

ur ab  
rader, je  
Röhren  
Widow  
-rgi.